

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

249 (25.10.1922)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 1,50 M mit Postgebühren; durch die Post bezogen 1,65 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Abgaben abgeholt 1,50 M monatlich. Einzelnummern 7 M. Ausgabe: Werktags mittags Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einpaltige Kolonnenzeile 15.-M. auswärts 18.-M. Die Kolonnenzeile 20.-M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Ebert Reichspräsident bis 30. Juni 1925

Mit überaus großer Mehrheit (314 gegen 76 Stimmen) ist gestern der von der sozialdemokratischen Fraktion, dem Zentrum, den Demokraten, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei unterzeichnete Antrag, der die Umwandlung der bisherigen vorläufigen Präsidentschaft Eberts in verfassungsgerechtes bis 30. Juni 1925 laufendes definitives Amt, im Reichstag angenommen worden.

Damit ist die lang umstrittene Frage der Präsidentschaft für die nächsten Jahre erledigt. Durch Abänderung des Art. 180 der Reichsverfassung gilt also Ebert bis 30. Juni 1925 als erster verfassungsmäßiger Reichspräsident. Nach dem bisherigen Wortlaut war er nur Platzhalter für den ersten verfassungsmäßigen Präsidenten.

Wie bekannt, hat die Sozialdemokratie Volksabstimmung verlangt und das Reichskabinett setzte hierfür schon den Tag des 3. Dezember d. J. fest, aber da durch die Stellungnahme der Parteien, mit Ausnahme der Deutschen Nationalen und Kommunisten, eine übermäßige Mehrheit auch im Volk gefehert war, hat sich unsere Partei mit diesem Weg einverstanden erklärt. Desgleichen mit der Verfüzung der Amtsperiode um ein halbes Jahr. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dieser geringen Verfüzung unter dem Gesichtspunkt zugestimmt, daß durch die Verfassungsänderung dauerndes Recht geschaffen wird und daß alle zukünftigen Wahlen des Reichspräsidenten durch das Volk normalerweise in dieselbe Wahlperiode fallen werden. Sollte man die Amtsperiode des ersten Reichspräsidenten auf genau sieben Jahre bestimmen, so wären alle zukünftigen Wahlen auf den Januar angefallen. Nur eignet sich der Sommer erfahrungsgemäß für Wahlsitzungen viel besser als der Winter. Darum stimmte unsere Fraktion dem Vorschlag zu, die erste Amtsperiode am 30. Juni 1925 — statt am 10. Februar 1926 — ablaufen zu lassen und damit die erste Volkswahl, wie auch voraussichtlich die künftigen, auf den Juni zu verlegen.

Der Umstand, daß Ebert mit außerordentlichem Geschick sein verantwortungsvolles Provisorium verwaltete, hat dazu beigetragen, daß die Präsidentschaftsfrage ruhig und ruhig erledigt wurde. Wir sind überzeugt, daß Ebert sich dem ihm gewordenen Ehren der Vertrauensstellung würdig bewiesen wird. Dieses Vertrauensvotum darf auch diejenigen bestimmen, sich mit dem Bericht auf die Volkswahl einverstanden zu erklären, die unter allen Umständen die Volkswahl wollen. Das Vertrauensvotum zeigt, wie eine Volkswahl im gegenwärtigen Augenblick ausgefallen wäre. Wir hoffen die Zeit zu erleben, wo auch durch Volkswahl ein von der Sozialdemokratie vorgeschlagener Präsident gewählt wird.

Empfang beim Reichspräsidenten

Eine erste Kundgebung Eberts

22. Berlin, 24. Okt. Im Anschluß an die Abstimmung über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten begab sich Reichspräsident Ebert zum Reichspräsidenten Ebert, um ihm von dem Beschlusse des Reichstags Mitteilung zu machen. Bei jenem waren bereits der Reichstagskanzler und der Reichsminister des Innern anwesend. Der Reichspräsident richtete an den Reichspräsidenten eine Ansprache, worauf dieser erwiderte. Zum Reichen der Begrüßung des provisorischen Zustandes wurde auf dem Gebäude des Reichspräsidenten dessen Standarte gehißt, die nunmehr bei seiner Anwesenheit ständig gehißt werden wird.

Bei dem Empfang des Reichstagspräsidenten waren auch die Vizepräsidenten Dietrich, Well, Dittmann und Richter zugegen. In seiner Ansprache hob Reichspräsident Ebert hervor, daß der Reichspräsident in der schwersten Zeit unseres Vaterlandes, 1919, das Amt auf sich angenommen habe, in dem feinerlei Anerkennung, geschweige denn Dank erwartet werden konnte. Der Reichspräsident sei, wie er damals gefühlt habe, dem Rufe der Pflicht nach. Der Reichstag des Reichstags über die Verlängerung der Präsidentschaft Eberts bekundet den Dank des Reichstags für die bisherige Führung des Amtes, er bekundet das Vertrauen, welches über den Kreis der Zustimmung hinausreichte, wo man aus politischen Gründen, nicht aus persönlicher Gegnerschaft, eine andere Entscheidung verweigern hätte, das Vertrauen, daß es Ebert auch in Zukunft gelingen werde, mit Weisheit und Energie bei der Lösung der schweren Fragen, vor denen wir stehen, mitzuwirken.

Ebert erwiderte, er habe das Amt übernommen in dem Bewußtsein, seine Pflicht gegenüber den Volksgenossen tun zu müssen, die ihm in harten Tagen ihr Vertrauen entgegenbrachten. Im gleichen Gedanken erkläre er sich auch heute bereit, sein Amt weiterzuführen. Wie bisher wolle er sich bemühen, sein Amt unparteiisch zu führen, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben und seine Pflicht gewissenhaft zu erfüllen. Alle lebendigen Kräfte und Kräfte des ganzen Volkes gebietet von dem Staatlichen, wirtschaftlichen und geistigen Leben der Nation, zu wirken, aber auch die Lösung der schweren Aufgaben zusammenzuführen. Darum werde es sein Bemühen sein, über alle Parteigrenzen der Interessen und der Weltanschauung hinaus die großen und wertvollen Kräfte unseres Volkes zusammenzuführen in der Liebe und Pflicht und Treue zum Volk und Vaterland. Der Kampf der Meinungen dürfe nicht in engen Zusammenstoß der Leidenschaft, nicht in blinde Selbstverleugung ausarten. Daß alle in diesem Geiste wirken, sei die Bitte, die er an alle deutschen Frauen und Männer, die guten Willens seien, richte.

Das Ringen mit der Verzweiflung

Von P. Haupt

Die harte Wahrheit kann dem deutschen Volke nicht oft genug gesagt werden, sie muß immer wieder gesagt werden von den Sozialisten als Politikern auf lange Sicht, als verantwortungsbewußte Volksführer, das harte Wort: Dieser Winter wird ein Glendwinter für das deutsche Volk. Die wieder geeinigten Sozialdemokratische Partei sieht sich Zuständen gegenüber, die sie mit allerhöchster Kraftanstrengung mit vorzichtigen Einsetzen des richtigen Mittels an den richtigen Ort erträglich vielleicht machen, nicht aber radikal bessern kann. Es muß klar erkannt werden: die sozialdemokratische Partei als Rückgrat der deutschen Republik, als stärkste Partei Deutschlands befindet sich gegenüber den übrigen Parteien in ungünstiger Gefechtslage. Schon jetzt gibt das Parolengetöse der Oppositionsparteien rechts und links einen Begriff davon, wie gewissenlos und bar jeder Verantwortung diese Parteien die Konjunktur des Glends, der Verzweiflung auszunutzen gedenken. Und was noch schlimmer ist: die noch bestehenden Klassen kämpfen schärfsten Klassenkampf um die Aufrechterhaltung ihres Besitzes, ihrer jetzigen Lebenshaltung. Es würde wirtschaftlich und politisch vieles besser um Deutschland stehen, wenn die Verbände der Regierung, einen sozialen Ausgleich zu schaffen, die furchtbaren Lasten der Zeit auf alle Schultern gleichmäßig anzulegen, nicht dem erbittertesten Widerstand derjenigen begegneten, die durch überlieferter, ererbten Besitz, durch wirtschaftlich stärkere Stellung von früher her auch jeden Versuch, ihre bessere Lebenshaltung zugunsten einer Vinderung der Not der Masse zu beschneiden, zähesten Kampf ansetzten. Die Preispolitik so mancher Monopolindustriellen, die Sabotage der Umlage von Seiten der Agrarier, die Steuerflucht der großen Vermögenden zeigen, daß von dieser Seite keine deutsche Regierung, die vernünftig, hartnäckig gegen das Glend zu machen, die Lebensnotwendigkeiten zu strecken, Unterstützung findet. Das Verhängnis ist, daß der proletarisierte Mittelstand, politisch unwillig, unfähig zu wirtschaftlichen Denken, zu großen Teilen sich von den Parteien, die in ihrer Politik wie in ihren — Finanzen von der bestehenden Oberhoheit abhängig sind, einfangen lassen. Das Verhalten der Koalitionsparteien, Zentrum und Demokraten (ganz abgesehen von der Deutschen Volkspartei), in der Frage des Umlagepreises, der Wucher- und Spekulationsbekämpfung, der Steuererleichterung zeigt, wie schwächlich ihre Stellungnahme zu den großkapitalistischen Kreisen ist. Sie scheuen, unter der Angst, daß ihre Wähler nach rechts abzuweichen könnten, das Zupacken dort, wo nach zupacken ist.

Die Sozialdemokraten stehen nahezu allein. Sie werden im Laufe des Winters ihren Anhängern oft eingestehen müssen: unsere Pläne sind nicht durchgedrungen, der Widerstand gegen eine Heranziehung der Besitzenden zugunsten der Masse ist zu allgemein, zu groß — weil der proletarisierte Mittelstand nicht erkennt, wozu er gehört. Wenig werden die sozialdemokratischen Fraktionen in Reich und Ländern ihren Mitglieðern an augenblicklich wirksamen, vollen Erfolg geben können. Vielleicht wird der Zwang der Verhältnisse sogar die Arbeiterpartei in die Opposition drücken. Da ist die entscheidende Frage: wieviel ist der deutsche Volksgemeinschaft, über sein augenblickliches Glend hinaus klar zu denken, wie groß ist die Stärke der sozialistischen Erkenntnis in den Massen. Wird sie so klar sein, verlogene Versprechungen und Verheißungen der Oppositionsparteien zu durchschauen, wird sie so stark sein, um Führer und Masse aufzunehmen, selbst wenn der Führer mit leeren oder halbleeren Händen kommt?

Die Gewerkschaften stehen ein wenig günstiger da als die politische Arbeiterpartei. Sie werden ihren Mitglieðern immer etwas, immer der Tenorung nachschreitende Lohnverbesserungen, hier und da andere Zugeständnisse, handgreifliche Erfolge bringen. Der politischen Partei harter Kampf, Ringen mit Kampferfolgen, die im Augenblick fast undurchsichtig, erst in der Zukunft vielleicht sich auswirken werden. In ihr kann nicht selbstliches Interessendurchgehen um jeden Preis treiben, nicht materieller Egoismus kann ihre Reihen füllen — der Idealismus, die Denkfähigkeit des deutschen Arbeiters hat das Wort. Mehr als je wird schädigend für die politische Arbeiterbewegung „der Unverstand der Massen“ sein, Idealismus und Klarhalten des Verstandes am Rande der Verzweiflung selbst ihre Förderer. Wort und Denken gegen den Magen, das der harte Kampf, das die Krise, die die politische Arbeiterbewegung in diesem Winter durchzukämpfen hat. Das deutsche Volk steht vor dem Zusammenbruch: von rechts, von Seiten der bestehenden Klassen hat es keine Unterstützung, aber nur wenige, soweit dort selbstliches Interesses nicht schlank auf Deutschland retten, soll es nicht verloren sein.

Die Krise

Verhandlungen der Fraktionen

Wie die Blätter schreiben, soll die Verhandlungspause des Reichstages von den Fraktionen dazu benutzt werden, die Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Schritte zu unternehmen sind, um der Not des Winters zu wehren, auszugleichen. Die „Sermantier“, die die Situation als ernst bezeichnet, erwarten, daß die Verhandlungen der Regierung nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfe. Das Wort heißt, daß beide eine befriedigende Lösung gefunden werde, und daß zu der wirtschaftlichen Krise sich keine politische hinzugeselle. Der Umstand, daß die Koalitionsparteien gehen bei der Abstimmung über die Oberverordnungen auseinanderbleiben, brauche nicht als Vorläufer eines unheilbaren Nisses betrachtet werden.

Damit „Sermantier“ beschäftigt sich gestern nach Beendigung der Reichstagsfraktion die sozialdemokratische Fraktion nochmals mit dem von ihr am Montag aufgestellten finanziellen und wirtschaftlichen Programm. Die Fraktion stimmt darin überein, daß es unmöglich sei, mit der Durchführung ihrer Forderungen bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags zu warten, sondern daß sofort das Nötige getan werden müsse. Für die Beratungen mit der Regierung über die von der Fraktion gewünschten finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen wurde eine Kommission von 5 Mitglieðern eingesetzt. Die Parteiführer-Versprechung beim Reichskanzler, die gestern nachmittags stattfinden sollte, ist am heute verschoben worden.

Die Reichsregierung hört Sachverständige
22. Berlin, 24. Okt. Die Reichsregierung hat eine Reihe von hervorragenden Sachverständigen nach Berlin eingeladen, um mit ihnen darüber zu beraten, welche Maßnahmen für eine Stabilisierung der Währung bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands ergreifen werden können. Die Beratungen werden, wie wir erfahren, in Kürze stattfinden.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstags folgende Entschlüsse eingebracht:
Der Reichstag wolle beschließen:

In Anbetracht der Tatsache, daß der Sturz der Mark zu einem vollkommenen Zusammenbruch der öffentlichen Wirtschaft zu führen droht, da die infamische Stabilisierung weit hinter den geforderten Abfertigungen zurückbleibt, die Einfuhr von Getreide bei einem Dollarkurs von

über vierhundert völlig unmöglich wird, ist die Sicherung des nackten Lebens der Bevölkerung oberste Pflicht der gegenwärtigen Regierung. Das erfordert die reifste Gestaltung der im Inland vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln, die sich in den Händen der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels befinden. Jede Verzögerung dieser Maßnahme ruft die Gefahr der Verfallung an das Vieh und der Verarbeitung zu Spiritus hervor.

Der Reichstag ersucht deshalb die Reichsregierung, sofort einen Befehlswort vorzulegen, durch welchen zur Sicherung der Volksernährung die vollkommene Eröffnung der wichtigsten Nahrungsmittel verfügt wird.

Sozialdemokratische Interpellation

Das Zuchthausurteil in Bayern

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag eine Interpellation eingebracht, die sich mit der Beurteilung der drei Zeilungsrichterstätten, darunter des Journalisten Zuchthaus, zu insgesamt 33 Jahren Zuchthaus durch das Münchener Volksgericht, beschäftigt. Die Reichsregierung wird gefragt, ob ihr bekannt sei, daß das Verbrechen des Landesverrats darin erblich wurde, daß die Richterstätten über Verheimlichungsstellen Mittelungen gemacht haben, die nach dem Reichsgesetz verboten sind. Weiter, ob die Reichsregierung diese Reichsregierung für vereinbar mit den bestehenden Gesetzen hält, ferner wie sie gegenüber dem durch die bayerischen Volksgerichte geschaffenen Zustand die Rechtsüberprüfung und die deutsche Meisterei wieder herzustellen gedenke, und was sie für die Opfer der Volksgerichtsjustiz tun wolle.

Die deutschen Naturalleistungen an die Siegerstaaten

Paris, 24. Okt. Durch den Beschluß der Reparationskommission vom März, der die deutschen Leistungen für das Jahr 1922 festsetzte, wurde die Höhe der Naturalleistungen auf insgesamt 1450 Millionen Goldmark fixiert, von denen Frankreich 970 Millionen erhalten sollte. Wie der „Internationale“ feststellt, hat Serbien von dem letzten drei Viertel, nämlich 80 Millionen in Form von Kohlen, Holz, Vieh und Weizen; England und Italien sollen ebenfalls den ihnen zustehenden Anteil bereits abgenommen haben, während Frankreich in der gleichen Zeit noch nicht einmal ein Drittel, genau 28 Prozent, der ihm zugesprochenen 970 Millionen abgehoben hat.

Das ist auszusprechen. Offen und deutlich. Zu groß ist die Mission des Sozialismus, zu groß die Bedeutung der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands in der Welt, als daß ihr Wirken auf unmögliche Versprechungen aufgebaut werden könnte. Ehrlichkeit gegen fliegende Blätter. Erkenntnis der Notwendigkeit gegen hohe Versprechungen, das ist der Kampf des Sozialismus gegen den Kapitalismus. Siegt nicht Idealismus, Erkenntnis und Vertrauen der Sozialisten in ihre Sache, dann muß das deutsche Volk durch härtestes Elend, ehe es kommen kann zu neuem Aufbau und Werden, ehe es wieder erobert die Wirtschaft, von der aus der Eingang zum Sozialismus zu erreichen ist.

Brotpreis und Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle

Immer wieder hört man in der Presse der verschiedensten Richtungen auf falsche Behauptungen über den Anteil der Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle am Brotpreis. Neuerdings geht vielfach die Behauptung um, die Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle betrügen für den Jahresbedarf an Getreide 6% Milliarden, also mehr als der Gesamtbetrag, den die deutsche Landwirtschaft für das Umlagegetreide bekommt.

Die Tendenz dieser Behauptungen, mit denen man der Reichsgetreidestelle und der öffentlichen Bewirtschaftung des Getreides einen Schlag versetzen zu können glaubt, geht, wie uns von unrichtiger Seite geschrieben wird, dahin, zu beweisen, daß in dem von der Reichsgetreidestelle im Mai d. J. veröffentlichten Plakat über die Zusammensetzung des Brotpreises die Darstellung irreführend sei, nach der rund 64 Prozent von dem Brotpreis auf die Kosten des Getreides (Inlands- und Auslandsgetreide) entfallen. Die angeblichen 6% Milliarden „Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle“ wurden mittels der in dem Plakat enthaltenen Prozentangaben errechnet. Es entfallen nämlich nach diesem Plakat auf Grund des im Mai d. J. geltenden Brotpreises von 11,70 M 6,69 Proz. auf Fracht, Lagerung, Versicherung etc. bei Vollerzeugung durch die Reichsgetreidestelle (d. h. Verwaltungs- oder Geschäftskosten), 5,43 Proz. auf Frachten, Zinsen, Schwund usw. innerhalb der Kommunalverbände, 1,39 Prozent auf Kosten (d. h. Verwaltungs- und Geschäftskosten) der Kommunalverbände. Diese Anteile — insgesamt 14 Proz. — wurden zusammengezogen und auf den inzwischen auf 17 M gestiegenen Brotpreis in Anrechnung gebracht. Das ergab auf ein Brot einen Anteil von 2,38 M oder auf die Gesamtzahl der Marktbrote für ein Wirtschaftsjahr hoch gerechnet etwa 6% Milliarden Mark.

Diese Errechnung ist deshalb grundfalsch, weil der dem Plakat der Reichsgetreidestelle zu Grunde liegende Brotpreis der Zeit vom Mai bis zum Juli d. J. von 11,70 M auf 17 M gestiegen ist und zwar ausschließlich infolge der Erhöhung der Anteile des Müllers und insbesondere des Bäckers. Die Reichsgetreidestelle hat sich in der Zwischenzeit nicht geändert. Bei gleichbleibendem Preis für den Rohstoff (das Getreide), aber höheren Löhnen für Müller und Bäcker ist ohne weiteres klar, daß der prozentuale Anteil der im vergangenen Wirtschaftsjahr auf dem Brot noch ruhenden Löhnen sowie der Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände bei objektiver Aufstellung eines Brotpreises von 17 M unter 14 Prozent liegen muß.

Vollkommen unverständlich ist aber, daß trotz aller antiken Nichtigstellungen immer wieder das Verfahren beibehalten wird, die auch bei freier Wirtschaft unvermeidlichen Kosten für Fracht, Lagerung, Versicherung, Schwund, Unfallschaden usw. mit den Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle, welche letztere wiederholt als äußerst gering (etwa 1,35 Proz. auf das Pfund Brot) nachgewiesen wurden, zusammenzuwerfen. Durch dieses Verfahren soll die Auffassung erweckt werden, als handele es sich bei diesen Unkosten von angeblich 6% Milliarden um Unkosten die nur durch die öffentliche Bewirtschaftung verursacht und somit durch Anhebung der öffentlichen Bewirtschaftung beseitigt werden.

Die tatsächlichen Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle, die, wie erwähnt, im vergangenen Wirtschaftsjahr 1,35 Proz. für das Pfund Marktbrot betragen, werden trotz der inzwischen eingetretenen Erhöhungen wesentlicher Posten dieser Unkosten (Gehälter, Löhne, Porto etc.) im neuen Wirtschaftsjahr nicht mehr als schätzungsweise 1 1/2 Proz. auf das Pfund Marktbrot betragen. Am Umlage der Reichsgetreidestelle bemessen wird sich somit der Unkostenfaktor im laufenden Wirtschaftsjahr, soweit dies sich heute schon übersehen läßt, auf nur 1 pro 1000 stellen, d. h. die Reichsgetreidestelle arbeitet mit einem Unkostenfaktor, der gleich gering wie in keinem anderen kaufmännischen Betriebe zu finden sein dürfte.

Der preussische Oberkirchenrat für das Kaisergebet

„Ein Akt christlicher Teilnahme“

Der Bund religiöser Sozialisten Deutschlands wandte sich im August d. J. an den preussischen evangelischen Oberkirchenrat und machte diesen darauf aufmerksam, daß im gottesdienstlichen Schlußgebet vielfach noch des ehemaligen Kaisers gedacht wird. Er ersuchte den evangelischen Oberkirchenrat, den Geistlichen ermahnen nachdrücklich die Anweisung, die der evangelische Oberkirchenrat kurz nach der Revolution in Bezug auf die Form des Gebets gegeben hat, in Erinnerung zu bringen. Damals wurden die Geistlichen angewiesen, die Form des Gebets den neuen Verhältnissen entsprechend zu ändern. Die Antwort, die der evangelische Oberkirchenrat nunmehr dem Vorstand des Bundes religiöser Sozialisten Deutschlands am 7. Oktober übermittelt hat, verdient der breitesten Öffentlichkeit bekannt gegeben zu werden. Es heißt da:

„Das fürbitende Gebeten des ehemaligen Kaisers, der zugleich der Träger des obersten Aemteramtes unserer Bundeskirche gewesen ist, stellt als Akt christlicher Teilnahme weder eine Herausforderung vor, noch stellt es die politische Neutralität der Kirche in Frage und unterliegt daher entgegen der vorliegenden Annahme an sich keiner Beanstandung. Nur die Form und die Fassung der Fürbitte können gegebenenfalls ein Gegenstand der Nachprüfung sein. In dieser Beziehung erkennen wir nach den von uns gemachten Beobachtungen keinen Anlaß, unsere frühere Anweisung allgemein zu wiederholen.“

Diese Antwort stellt eine Herausforderung für alle republikanisch und sozialistisch gesinnten Mitglieder der evangelischen Landeskirche dar. Wir möchten dem evangelischen Oberkirchenrat die vor einigen Tagen im preussischen Landtag eingebrachte kleine Anfrage des Abg. Arlmann (Dramburg) als Material für seine Beobachtungen an Hand geben. In dieser Anfrage heißt es u. a.:

„Der Pastor Göttemacher in Janikow bei Dramburg, der die Kirchengemeinden Janikow, Goh und Jomah zu versorgen hat, betet im Allgemeinen Kirchengebet folgendes:

„Daß deine Gnade groß werden über deinen Knecht, Kaiser Wilhelm, über den Kronprinzen und seine Gemahlin und das ganze königliche Haus, insbesondere über den jungen Prinzen Wilhelm; laß ihn aufwachen als Deutschlands Hoffnung und zunehmen an Weisheit, Alter und Gnade bei dir und den Menschen... Daß deine Gnade wieder ruhe auf seinen Fürsten und freien Städten.“

So stellt sich der „Akt christlicher Teilnahme“ dar, der nach Ansicht des preussischen evangelischen Oberkirchenrats „keine Herausforderung“ bedeuten soll. Die republikanisch gesinnten Arbeiter- und Angehörtenkreise, die nach der evangelischen Landeskirche angehört, wird sich danach wohl überlegen, ob sie weiterhin an einer Institution beistehen will, die offen für die Wiederkehr der Monarchie kämpft. Die preussische Regierung aber möchten wir fragen, wie lange noch einer derartigen Institution Millionen aus Mitteln der Steuerzahler zur Verfügung gestellt werden sollen.

Belgische sozialistische Bürgermeister in Köln

Am Samstag kamen von Düsseldorf einige spanische belgische Genossen nach Köln. Die Genossen machen in ihrer Eigenschaft als Bürgermeister kleinerer und größerer belgischer Gemeinwesen eine Studienreise durch eine Reihe deutscher Städte, wobei namentlich das Siedlungsweisen Berücksichtigung findet. In Düsseldorf hatten sie sich die verschiedenen Einrichtungen angesehen, in Köln studierten sie eingehend die große abgeschlossene Arbeiterkolonie in Köln-Rauenheim und die Gartenstadt in Wieden.

Die belgischen Genossen nahmen allerbald Anregung mit. Sie brachten aber auch manchen neuen Gedanken, der sich in unserer künftigen Arbeit auswirken wird. Ganz abgesehen davon, daß die persönliche Führung über die Grenzen hinaus eine unbedingte Notwendigkeit ist, wenn edle internationale Solidarität wachsen soll, bringen derartige Besuche aber auch unmittelbare praktische Erfolge. Unsere belgischen Genossen haben schon in der Beltragszeit vorbildliche, gewissenhaftige Arbeit geleistet. Wir können von ihnen lernen, und sie haben gerne die

Möglichkeit wahrgenommen, die neuesten Errungenschaften im deutschen Siedlungsweisen kennen zu lernen. Allgemein äußerten die Freunde große Befriedigung.

Deutscher Reichstag

Berlin, 23. Oktober.

Beginn vormittags 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst keine Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Siebel (Soz.), welche die Vermutung ausdrückt, daß die Landwirtschaft absichtlich Kartoffeln zurückhalten, um höhere Preise zu erzielen, wird erwidert, daß an Regierung, alle davon nichts bekannt ist.

Die demokratische Interpellation zur Lehrerbildungsfrage wird von der Regierung in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Die Regelung der Beförderungsvorschriften wird dem Ausschuss überwiesen.

Der Gesetzentwurf über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen und ebenso begehrt über die Verlängerung der Aufrechnungsfrist für diese Ansprüche wird in allen drei Lesungen angenommen. Die dritten Lesungen der Vorlage für die Verlängerung der Aufrechnung des Reichspräsidenten und über die Getreideumlage werden ebenfalls erledigt. Die namentliche Abstimmung wird bis 11 Uhr zurückgestellt; da wegen der schnellen Arbeit des Reichstags die Regierungsdirektoren zum Angelegenheitlich nicht zur Stelle sind, muß eine Pause bis 12 Uhr mittags eintreten.

Nach der Pause kommt das Angelegenheitgesetz zur dritten Lesung.

Reichsarbeitsminister Brauns bittet nochmals, die höheren Beamten und Direktionsmitglieder als Beamte auf Lebenszeit anzustellen. Für den Fall der Ablehnung dieses Wunsches empfiehlt er einen vom Zentrum eingebrachten Ewualantrag, daß die lebenslängliche Anstellung in den ersten drei Jahren der Amtszeit widerruflich sein soll.

Nach kurzer Debatte wird der Hauptantrag auf lebenslängliche Anstellung mit 210 gegen 152 Stimmen abgelehnt und der Zentrumsantrag mit 207 gegen 174 Stimmen angenommen. Ebenso gelangt das ganze Gesetz mit obiger Abänderung zur Annahme.

Es folgt die Schlußabstimmung über die Amtverlängerung des Reichspräsidenten.

Ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Debesour auf Verberaufnahme der Debatte wird abgelehnt und die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten bis 30. Juni 1923 mit 212 gegen 76 Stimmen angenommen, bei einer Stimmenthaltung.

Präsident Siebel stellt fest, daß die Annahme des Antrags mit der für Verfassungsänderungen notwendigen Zweidrittelmehrheit erfolgt ist. Durch diesen Beschluß wurde das bisherige Referat beendet und der gegenwärtige Präsident Siebel ersucht, sein Amt als Reichspräsident bis 1925 weiter zu führen.

Ein deutschnationaler Antrag, der die Verkündigung dieses Beschlusses auf 3 Monate hinausschieben will, um hierzu einen Volksentscheid herbeizuführen, wird in namentlicher Abstimmung mit 310 gegen 77 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Präsident Siebel: Der Antrag hat nicht das für solche Fälle vorgeschriebene Drittel der Stimmen erhalten. Der erste Beschluß tritt damit sofort in Wirksamkeit. Das Wahldatum des Reichstags wird sich unmittelbar nach Schluß der Sitzung zum Reichspräsidenten beziehen, um ihn zu fragen, ob er diesem Ergebnis zustimmen will.

Der Schluß der Abstimmung über die Getreideumlagen beantragen die Abg. von Romm, (Rom.) und Debesour (Unabh.) nochmals die Verberaufnahme der Debatte, zumal eine Regierungsvorlage eingebracht ist. — Der Antrag wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt und die Getreideumlagen nach dem Beschluß der 2. Sitzung mit 238 gegen 160 Stimmen angenommen.

Abg. Debesour (Unabh.) beantragt zur Geschäftsordnung, die Sitzung auf eine Stunde auszusetzen und den Reichstagsantrag zu erörtern, in der neuen Sitzung darüber zu beraten, auf welche Parteien er sich in Zukunft zu stützen gedenkt. Nach dem Ausfall der Abstimmung über die Reichstagsantrag vor der Unmöglichkeit, seine bisherige Politik fortzuführen. Daher müsse er den Reichstag auflösen und an die Wähler appellieren. — Der Antrag wird abgelehnt.

Sodann wird das Gesetz, das die Gehaltsstufengrenzen auf 120 000 M festsetzt, in 3. Lesung angenommen.

Das Haus verläßt sich um 3 Uhr auf den 7. November nachmittags 8 Uhr. Die Befestigung der Tagesordnung bleibt dem Reichspräsidenten überlassen.

Der Steuerausschuß des Reichstages befachte sich heute mit der Angelegenheit. Es wurde ein

Hinter Pflug und Schraubstock

Erzählen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs

von Max Geth

(Fortsetzung)

Der plägend geschriebene Artikel ging durch alle Zeitungen von Moskau bis Leningrad. Noch zwei Wochen später bekam ich ihn aus entlegenen Wald- und Präriegegenden angeliefert mit dem gedruckten Binde, mich doch auf die „Waff Creek Times“ oder den „Jacksonville Herald“ zu abonnieren, die in so aufopferungsvoller Weise meine Bestrebungen unterstützten. Ich war für die Zeit meines irdischen Daseins mit — allerdings brüchigem — Papier überreichlich versorgt.

Was aber nun? Todmüde und mit Schweiß bedeckt war ich am Abend des dritten Tages nach dem Rennen nach Hause gekommen. Der ganze Apparat stand gerettet, aber wie ein großes Fragezeichen, dazu nach europäischen Begriffen völlig politisch richtig auf der mangelhaftesten Chaussee drei Kilometer vor der Stadt. Parter, Stone und die schwarze Gesellschaft brauchten, so gut wie ich, zunächst ein paar Ruhetage. Soweit war die Sache gut. Aber was dann?

Doch die Welt steht nicht still, wenn wir selbst keinen Weg mehr sehen. Während ich, alle Fragen und Sorgen des Tages vergressen, noch in tiefem Schlofe lag, war ein ereignisvoller Tag angebrochen.

Mein erster Gang galt dem Hauptkassier und seinem Direktor. Der Herr empfing mich mit einer Herlichkeit, welche keiner der mir bekannten europäischen Zollbeamten, deren Herzlichkeit gemäßigt zu sein pflegt, auch nur entfernt erahnen hätte.

„Sehr angenehm, Herr Geth!“ Entzückt, Sie zu sehen, Herr Geth!“ rief er mir entgegen, indem er gleichzeitig seinen Assistenten aus dem Zimmer jagte, der ein Gesicht machte wie die letzten Regemächte gegen zwei Uhr morgens. „Ich gratuliere Ihnen zum Sieg Jonathan! Das wird Ihr Glück machen; ich bin fest überzeugt, daß muß Ihr Glück machen. Mein Assistent hat zwar ein vertauseltes Häufchen Geld verloren; der wird Ihnen nicht gratulieren. Aber er hat mir die Bitte förmlich eingebracht. Gesehelt ihm recht, dem Quersopf! Er konnte sich doch denken, daß ich Siebenten besser beurteilen kann als er.“

„Ja und Sie, Herr Geth! Gesehelt!“

Er lachte mit einer Stimme, die dem Klang eines zerprüngenen Himmels nicht unähnlich war.

„Sie haben wohl Nachrichten von Washington, Herr Generaldirektor?“ bemerkte ich, um etwas ruhiger zu werden, als ich kommen.

„Von Washington, Herr Geth?“ fragte er, mich groß ansehend. „Alle Zeitungen sind voll Reklamation, auch dort. Es soll mich nicht wundern, wenn Sie bald Aufträge bekommen, mit Ihren Doppeldecks in allen größeren Städten der Union anzutreten. Bei Jesus, das wäre keine schlechte Spekulation.“

Wie ich sagte: alle Zeitungen sind voll! Der Sieg des amerikanischen Lagers Jonathan — Mister Geth, bringen Sie uns doch die neuesten Zeitungen von Washington!“

„Ich meine eigentlich unsere Zollangelegenheiten“, warf ich ein.

„Ach — das!“ rief der Direktor mit einem leichten Schütteln auf den mehr und mehr in Leder übergehenden Rücken. „Gewiß! Ich habe für Sie telegraphiert. Soeben Antwort erhalten; interessant — etwas unerlässlich.“

„Was für ein?“ Die Sache schien mir doch ziemlich einfach“, bemerkte ich.

„In der Hauptsache ist alles in Ordnung, gewiß!“ versetzte der Kassier mit unangenehmem Zaubern. „Sie bekommen die viertausendbeihundert Dollar zurück, die Sie für den Pflug bezahlt haben. Ich garantiere Ihnen dies schon vor dem Rennen. Kongreßbeschlüsse unzuverlässig und ganz klar. Sie müssen sie zurückbekommen.“

„Sehr schön“, sagte ich freudig. „Können Sie mir gleich eine Anweisung ausstellen? Dagegen würde mir augenblicklich nicht unangenehm. Eselantentemeln lassen würde mich.“

„Bringen auch hübsch Geld“, lachte der Direktor mit einem Wink auf die Türe, hinter der der Assistent verschwand war. „Ja, ja, Herr Geth, die Sache ist ganz in Ordnung. Sie sollen die viertausendbeihundert Dollar zurückbekommen.“

„Was aber?“ drängte ich ungeduldig.

„Der Generaldirektor von Washington schreibt mir, daß am Tage nach dem Kongreßbeschlusse einer Ihrer Freunde die ganze Summe für Sie in Washington erhoben habe.“

„Doch!“ rief ich, während mein ganzes Innere von einem elektrischen Schok durchzuckt wurde.

„Obert Dioclet.“ Wollen Sie es schon?“ beharrte der Direktor. „Sie sehen, daß sich alles bei uns ziemlich prompt und flink abwickelt. Ein anderes Tempo als in Ihrer alten Heimat,

das müssen Sie zugeben. Obert Dioclet, einer unserer schneidigsten Kongreßleute — ich garantiere Ihnen dazu, daß Sie mit dem beskreut sind. Ich habe schon öfter von ihm gehört und wollte, er wäre mein Freund!“

„Und dagegen ist nichts zu machen?“ fragte ich halb beäugt.

„Zu machen? Was wollen Sie dagegen machen?“ fragte der Direktor. „Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem Freund, und Sie wollen etwas dagegen machen?“

„Aber das Geld sollte nicht Dioclet, sondern ich erheben!“

„Was ist er nicht Ihr Freund?“

„Gewiß, aber wie bekomme ich jetzt das Geld von dem Obersten?“ fragte ich aufs heftigste beunruhigt.

„Ja, das ist eine ganz andere Sache, lieber Herr Geth“, versetzte der Direktor und presste einen leisen, dünnen Wink durch seine schmalen Lippen. „Dies geht das Kassier eigentlich nichts an. Ich würde ihn schreiben.“

„Donnerwetter!“ rief ich mit überwallendem Gefühl, das mich auch durch einen gewöhnlichen Brief!“

„Sehr bedenklich.“ Ein Kongreßmann, der vierundzwanzig Stunden nach der Annahme einer derartigen Verordnung vierhundert Dollar aus der Hauptkassierschleuse geholt und mit seinem Freund in die Tasche steckt, verleiht das Geschäft. Aber

Freiwillig, es wird seine Hüften haben. Ich würde mit dem Pfeifer vorläufig recht sorgfältig umgehen.“ Jede mein Versteht schreiben Sie nur. Ich würde ihm sehr höflich schreiben. Und wenn er nicht antwortet, telegraphieren Sie, am liebsten mit bezahlter Antwort. Die Herren haben sich immer bar Geld bei der Hand.“

Er lachte bezaugelt mit seiner dünnen, zerprüngenen Stimme und schob mich höflich zur Türe hinaus. Ich war selbst in Eile. Der Brief an Dioclet brannte mir unter den Fingern. Diese Unverständlichkeit!

Eine Stunde später war die Post in die Postkassette, leidlich gefaltet, trotz der Warnung des Direktors, und ich auf dem Wege nach dem Bureau der Landwirtschaftsministerialverwaltung von Louisiana. Das Ereignis des Morgens hatte mich unruhig gemacht. Ich wollte wenigstens zunächst die siebenhundertfünfzig Dollar fordern — meinen Ehrenpreis für den besten Dampfmaschine, den ich mir weiträumend verleiht hatte. „Wer weh?“ dachte ich, „ob mein zweiter Freund Delano mit dem beschriebenen Betrag nicht schon auf dem Weg nach der Savanna ist!“ (Fortsetzung folgt.)

Aus der Dmior

Karlsruhe, 25. Oktober

Geschichtskalender

20. Oktober. 1647 Der Physiker Torricelli, Erfinder d. Barometers, in Florenz. — 1800 Macaulay, engl. Geschichtsschreiber, in Rothley Temple. — 1806 Der anarcho. Theor. W. Striker (Kasp. Schmidt) in Barmen.

Karlsruher Parteinachrichten

Bezirk Oststadt, Mittwoch, 25. d. M., Punkt 8 Uhr, findet im „Scheffelhof“ eine wichtige Besprechung sämtlicher Vertrauens- und Straßensobote der Ver. jüd. Parteien statt. Eröffnen ist Pflicht.

Bezirk Weststadt. Die Bezirkskassiere, Straßensobote und Vertrauensleute werden hiermit zu einer wichtigen Besprechung auf Freitag, 27. Oktober, abends 8 Uhr, in das Lokal „Unter den Linden“, Ecke Poststraße und Kaiseralle, eingeladen. Es ist Pflicht aller, zu erscheinen.

Die künftige Jüderbewirtschaftung

Im Restaurant „Ebenroden“ fand Montag vormittag eine Besprechung über die künftige Jüderbewirtschaftung abend, zu der sämtliche Kolonialwarenhandlungen und Ortsgruppen der Landeszentrale des badischen Einzelhandels aus dem ganzen badischen Lande Vertreter geschickt hatten; insgesamt waren nahezu 300 Personen anwesend. Die Versammlung wurde mit einem längeren Referat des Herrn Verbandsdirektors Steinle eingeleitet, das ein Bild über die hinsichtlich der Jüderbewirtschaftung 1922/23 bei den maßgebenden Behörden in Berlin und dem badischen Ministerium des Innern geflochtenen Verhandlungen und über den praktischen Erfolg dieser Verhandlungen ergab. Herr Steinle wies darauf hin, daß die badische Regierung als beinahe einzige Regierung im Reich auf der Wiedereinführung der Kundenlisten best. Während aber bei der früheren Zwangsbesetzung des Jüders die Kommunalverbände die Arbeit und die Verantwortung für eine gleichmäßige Verteilung in die Hände des Einzelhändlers gelegt. Der Redner mahnte den Einzelhandel, auf peinlichste Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit bei der Aufstellung der Kundenlisten zu achten und ging sodann auf nähere Details der Art der Jüderbewirtschaftung im Wirtschaftsjahr 1922/23 ein, die wertvolle Fingerzeige für die Anwesenden seien. Für die Allgemeinheit interessant ist daraus, daß pro Monat auf den Kopf der Bevölkerung 1 kilo Jüder entfällt, daß der Verbraucher sich bei einem von ihm frei gewählten Geschäft eintragen lassen muß und daß Mehrfacheintragen mit schweren Strafen belegt werden. Zur übersichtlicheren Durchführung hat der Einzelhandel Baden beschlossen, jedem Kunden für seine Familie als Bezugsausweis eine Jüderkarte zu übergeben, für die seitens der Landeszentrale ein bestimmtes Muster ausgearbeitet wurde. Jeder Verbraucher kann dann den auf sich und seine Familie entfallenden Jüder allmonatlich, innerhalb einer bestimmten Frist abholen. Bemerkenswert ist, daß bei der Jüderbewirtschaftung auch die Geschäftsführer des Einzelhandels als Geschäftsführer zugelassen sind. — Das Referat löste eine längere Diskussion aus, die zunächst wohl nicht den Jüderhandel die Einführung der Kundenlisten mit sehr gemischten Gefühlen aufnahm, andererseits aber doch erkennen ließ, daß er sich aus der Lösung von der bisherigen Besetzungsart eine wesentliche Verbesserung in der Jüderbewirtschaftung der Verbraucher verspricht. — Auf Vorschlag der Herren Kubermüller, Korzke und Arur Korn-Furtwangen wurde in der Jüderbewirtschaftung einstimmig Herr Verbandsdirektor Steinle, Karlsruhe gewählt. Die Festlegung bestimmter Richtlinien hinsichtlich der Verdiensthöhe, die beim Ministerium beantragt werden soll und die Vorbereitung aller übrigen Einzelheiten wurde in die Hände einer Kommission gelegt. Sodann wurde die Versammlung, die absolute Einmütigkeit des gesamten badischen Einzelhandels zur Anwendung aller Mittel, welche eine zufriedenstellende Besetzung der Verbraucherliste mit Jüder ermöglichten können, ergab, geschlossen.

Von anderer Seite geht uns zur Jüderbewirtschaftung noch folgendes zur Auffklärung zu:

Die Wiedereinführung der Jüderkarte, über die im reaktionären Teil der Sonntagsgazette des „Karl. Tagbl.“ berichtet wurde, ist der Ansicht einer rein preußischen Verordnungs- und trifft für den Verkauf von Waren nicht zu. Während in Preußen die Jüderkarte wieder eingeführt werden soll, soll in Baden nach einer freien Entscheidung, amtlichen Bekanntmachung die Jüderverteilung auf Grund von Kundenlisten durchgeführt werden. Diejenigen Verbraucher, die Jüder zu beziehen wünschen, tragen sich in die Kundenlisten der Kleinhandlung ein; um Doppelanmeldungen vorzubeugen, sind im Bezirk der Stadt Karlsruhe bei diesen Einschreibungen die Ausweisarten des Fahrzeugmittels anzugeben, auf welche der Kleinhandlung die erfolgte Aufnahme in seine Kundenliste durch Aufdruck des Firmenstempels vermerkt. Auf dem Lande wird die Kontrolle der Listen durch die Bürgermeistereien ausgeübt.

Die in Baden erforderlichen Mengen Jüder werden von den Fabriken Roggen, Stutgart und Frankfurt bereitgestellt. Die Belieferung an den Einzelhandel erfolgt durch den Großhandel und zwar auf Grund der von den Bürgermeistern an Hand der Kundenlisten auszustellenden Bezugscheine. Der Ladenpreis des Jüders ist noch nicht endgültig festgelegt; er wird aber wohl annähernd 100 M für das Pfund betragen.

Hygiene

Im England sind 75 Chemiker damit beschäftigt, für die einwandfreie Hygiene der Metzgerei zu sorgen. Das heißt: wer denn lebt (an den Metzen), darf kein Fleischessen bekommen. Es soll weder seiner Junge noch seinen Lippen noch seinem Gedärm schaden. Ein gewisser Wohlgeschmack verleiht das Fleisch das Gefühl. Auch bei uns wird der Metzenstoff sicher auf seine Verdaulichkeit hin untersucht, und vielleicht wird auch die Anzahl der Bakterienkulturen festgestellt. Das wäre gesundheitlich wichtig. Heute, die am Verküpern sind, könnten möglicherweise mit dem Genuss billiger Fleischwaren über die schlimmste Zeit hinwegkommen. Aber selbst, wenn ihnen das nicht gelingt, werden sie in dem trübseligen Bewußtsein verleben, daß für den Gesundheitszustand der Kulturvölker in einer Weise gesorgt wird, wie unsere Ältern sich sicher nicht träumen ließen. Denn die hatten wohl Eier und Schinken, aber keine hygienisch gepulverten Fleischwaren.

Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen

Heute abend 8 Uhr findet im Konzerthaus die letzte Vorführung des Films „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Be-

handlung“ statt. Erfreulicherweise war der Besuch der bisherigen Vorführungen ein guter, ein Beweis dafür, daß gerade das Bildbild ein außerordentlich wertvolles und praktisches Hilfsmittel zur Aufklärung über die Geschlechtskrankheiten darstellt. Der Film ist überaus belehrend und bietet rein wissenschaftliche Aufklärung. Er wird begleitet von Vorträgen des Herrn Dr. G. Ein Besuch der Vorführungen liegt nicht nur im Interesse des Einzelnen, sondern der Sache der Volksheilung wird dadurch ein guter Dienst geleistet. Verdienste deshalb niemand, heute abend, dem letzten Tag der Vorführung, sich im Konzerthaus einzufinden, denn Aufklärung ist vor allem notwendig, wenn die Geschlechtskrankheiten erfolgreich bekämpft werden sollen. Die Vorführung beginnt um 8 Uhr.

Der Dollar steigt immer höher

und damit auch das Geld der arbeitenden Masse. Auffklärung ist darum notwendig! Deshalb, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Republikaner, besucht die

Öffentliche Volks-Versammlung

am Donnerstag, 26. ds. Mts., nachmittags 1/2 5 Uhr, im großen Festhallaal in welcher

Reichskanzler a. D. Hermann Müller

Reichstagsabg. aus Berlin, Vorsitzender der sozialdem. Partei Deutschlands, sprechen wird.

Eintrittskarten bei den Betriebsvertrauensleuten, Exp. des „Volkstempel“, „Kuchenhof“, „Elefanten“, sowie bei Gen. Lang, Kaiserstraße 46.

Derbitter des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Sonntag, 25. ds. Mts., nachm. 5 Uhr, veranstaltet die hiesige Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes im großen Festhallaal eine großartig angelegte Herbstfeier, wozu die Bildungs-Kommission ein hübsches, durchwegs künstlerisches Programm aufgestellt hat. Es enthält zur Einleitung einen Orgelvortrag, ihm folgen Operarien, Rezitationen, Tänze, ein Kostümspiel „Das heisse Eisen“ von Hans Sachs, sowie ein Lang- und Operetten-Duett. Die Leitung hat Direktor Hans Blum übernommen. Als weitere Mitwirkende kommen folgende Mitglieder des Landesverbandes in Betracht: Josef Landwehr, Eise Noormann, Margarete Pir, Minni Baine, Annie Gauer, Hans Biffard, Fritz Herz, Wlila Schmepp und als Organist Theodor Bauner. Den Schluß des Abends, dessen Besuch jedem empfohlen werden kann, bildet der übliche Tanz, zu dem das Orchester des Deutschen Metallarbeiterverbandes unter Leitung des Dirigenten Herr W. Es steht also den Teilnehmern der Veranstaltung ein überaus genussreicher Abend bevor.

Eine rote Tat. Man schreibt uns: Der Miet einer Wirtschaft in der Waldstraße (Mittelstadt) hat am Freitag Abend seinen Hausdiener wegen ganz geringen Auseinandersetzungen auf den Boden geworfen und mit Füßen und Hühnen bearbeitet. Von einem Stammgast als Augenzeuge auf seine rote Tat aufmerksam gemacht, erklärte er, daß der Hausbesitzer schon ein Menschenalter bei dem Verfahren des jetzigen Mieters zur Jüderbewirtschaftung angefaßt war. Aber so brutal werden heute arme alte Menschen behandelt.

Eine astronomische Erscheinung. Eine Sternbedeckung durch den Mond findet am 6. November, abends nach 11 Uhr statt. Der helle Fixstern Aldebaran, der wütliche Hauptstern des Sternbildes des Stieres, wird von dem fast vollen Mond unterem Bilde für über eine Stunde entzogen. Der Eintritt findet am linken „östlichen“ Mondrand statt. Bedeckungen heller Sterne durch den Mond sind recht selten.

Der Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands Ortsgruppe Karlsruhe. Am letzten Mittwoch, 18. ds. Mts., sprach in einer vom Zentralverband einberufenen Versammlung im „Hoch“ der von dem Zentralverband entsandte Agitationsbeamte Schneider. Leider war die Versammlung im Verhältnis zu der Mitgliederzahl und den sonst hier anwesenden Invaliden, Alters- und Unfallrentnern viel zu schwach besucht. Schade, daß diejenigen, die es besonders angeht, nämlich die noch abseits stehenden Leidensgenossen, die eindrucksvollen Worte des Redners nicht gehört haben. Als Mutter geliebter Verbandsmitglieder wurden die Genossen der Pfalz, besonders in Kaiserlautern und Speyer, bezeichnet, wo im Verhältnis zur Einwohnerzahl sehr starke Ortsgruppen bestehen. Ihrer Stärke entsprechend sind auch ihre Erfolge bei den Fürsorgestellen. So haben z. B. die Verbandsmitglieder in Speyer neben Wachebüschen für den Winter bereits 3 Zentner Kartoffeln und 3 Zentner Kohlen erhalten. Es würde zu weit führen, wenn der Berichterstatter den ganzen Vortrag eingehend behandeln wollte. Nur nebenbei noch, daß am Reichsarbeitsministerium und an den Berufsvereinigungen scharfe Kritik geübt und die Bevorzugung der Kleinrentner getadelt wurde. Auch sollten die gefunden Arbeiter mehr nach wie bisher ihre Sympathie den Arbeitslosen zuwenden. — Anerkennung verdient das Entgegenkommen der Stadtverwaltung, welche der hiesigen Ortsgruppe die städt. Wärmeballe zur Abhaltung der monatlichen Vereinsversammlungen zur Verfügung gestellt hat.

Für die Vertriebenen und Maß-Vertriebenen. Der 31. Dezember ist der letzte Tag, an dem Entschädigungsanträge aufgrund des Vermögensschadengesetzes eingereicht werden können. Näheres ist bei jeder Ortsgruppe des Maß-Vertriebenen Hilfsbundes zu erfahren.

Escht die Wahlkartei nach

Sie liegt diese Woche von 9-5 Uhr in der neuen Gewerbeschule, 3. St., auf. Es empfiehlt sich, daß von jedem Betrieb oder von jedem Haus jemand beauftragt wird, für sämtliche in dem Betrieb befindliche oder im Haus wohnende Wähler und Wählerinnen die Einschreibung in die Wahlkartei zu übernehmen.

Escht. Der Stenographenverein „Cabelberger“, der bereits am 18. Oktober 1872 gegründet wurde, feierte letzten Sonntag sein 50. Stiftungsfest. Am Samstag und Sonntag früh wurden die auswärtigen Gäste und Teilnehmer empfangen. Sonntag vormittag fand in der Städtischen Handelsschule ein Festessen statt, das anerkennenswerte Resultate zeitigte. Den Mittelpunkt des Jubiläumstages bildete der Festakt im großen Saal des Cabelberger. Herr Landtags-Stenograph Seibert konnte zunächst die zahlreich erschienenen Gäste begrüßen; verlebte die Gedächtnisrede Begrüßungs-Schreiben gefandt. Heute, so führte Seibert aus, am Tage der Freude und des Dankes, können wir mit Stolz unserer Tätigkeit gedenken. Leider bringt anfangs die Stenographie nicht die Beachtung, die sie verdient. Im aller Deutlichkeit lag die Vereinsgeschichte an dem geistigen Auge der zahlreichen Festteilnehmer vorüber. Heute zählt der Verein 700 Mitglieder. Hoffen wir, daß die Stenographie Gemeingut aller Gebildeten werde. Der Vertreter der Handelskammer, Herr Stein, Leiter des Prüfungsausschusses für Kurzschrift, überbrachte dem Verein die herzlichsten Glückwünsche. Kurze Begrüßungsansprachen hielten noch der Vorsitzende des badischen Verbandes und ein Teilnehmer aus Speyer. Der Vorsitzende, Herr Kreisrichter Prof. Fass-Dornstadt, entwarf folgende Beschlüsse: Karlsruhe war die Geburtsstätte der Einzelsteno-graphie. Im November vorigen Jahres kam zwischen dem badischen Stenographen-Schulen eine Einigung zustande. Im Januar dieses Jahres fand eine Regierungskonferenz in Berlin statt, Juli 1922 wurde bereits der Entwurf der Einzelsteno-graphie bekannt gegeben. Man kann die Einzelsteno-graphie als gefestigt betrachten. Das öffentliche Leben kommt ohne Schreibmaschine und Steno-graphie nicht mehr aus. Mit den Worten „Ein Wort, eine Sprache, eine Schrift und auch eine Kurzschrift“ schloß der Vorsitzende die Rede ab. Er dankte dem Verein für die Stenographenvereine, die seine kurze Einleitungsrede. Einige Herren der „Polizia“ umarmten mit Ehre den Festakt. Abends fand in der „Eintracht“ noch ein Unterhaltungsabend statt, wodurch der gemütliche Teil zu seinem Rechte kam. Das anspendende Programm fand Beifall. Sodann wurde die Ehrung verschiedener langjähriger Mitglieder vorgenommen. Im nachfolgenden Ball vergnügten sich die Anwesenden.

Die richtige Jüderkartei verfaßt haben einige Mitarbeiter, die uns gestern überreicht wurden. Wie die Ueberbringerin mitteilte, sind die recht lebhaften reaktionären Geistes in ziemlicher Nähe der Erdbereitschaft gefunden worden, so daß man annehmen muß, daß ihnen die kalte Witterung besser zugeht als der geplagten Menschheit. Ober soll es ein Zeichen dafür sein, daß der Winter doch nicht allzufröhlich kalt wird? Möge diese Hoffnung sich erfüllen!

Ueberreicherliche. Aus hiesigen Kaffees und Restaurants wurden in letzter Zeit mehrere Ueberreicher durch unheimliche Täter entwendet.

Mieterversammlung. Für die Weststadt findet heute abend 8 Uhr im Saal des ev. Gemeindehauses Wäldchen eine Mieterversammlung statt. Im Interesse der Mieter liegt es, diese Versammlung zu besuchen.

Landestheater. Zu allen Vorstellungen für die Volksschule, die im Landestheater stattfinden, eskimal für die am Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 1/2 5 Uhr, stattfindende Aufführung von Holtons „Marta“, stehen sämtliche Plätze des 4. Rang und eine bestimmte Anzahl von Plätzen der übrigen Ränge zum allgemeinen Verkauf zur Verfügung.

Kunstler Klaus Steben. Am Freitag, 27. Okt., im Eintrachtssaal. Der Künstler bringt alles mit, was ihn als Regisseur aus der großen Menge der „Ausdrücker“ heraushebt: Ein Kavalier, durchgearbeitetes, modulationsfähiges Organ, sichere Gestaltung und Darstellung des Wesentlichen der Dichtung, individuelle Auffassung, Kammermusik und die künstlerische Beherrschung, die auf regionalen Klängen auf Kosten der Dichtung unter allen Umständen verzieht. Karten sind bei Fritz Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, zu haben.

Geigenabend Josef Reicher. Das prächtige Programm für das diesjährige Konzert des so überaus beliebten Künstlers wird die große Beliebtheit Reichers zeigen. Es beginnt mit großen „moll“ Sonate von Beethoven, als prächtiger Gegenstoß hat die „Dur“ Violin-Sonate von Mozart. Eine selten geübte Violin-Sonate von Paganini wird besonders interessieren. Kleine Stücke alter Meister in der trefflichen Virtuosenbearbeitung von Kreisler bilden den Abschluß des vielbesprochenen Abends, der kommenden Donnerstag den 26. Oktober, abends halb 8 Uhr im Eintrachtssaal stattfindet. Karten bei Kurt Neufeld.

Erweiterte Pflanzschule. Scherz nachmittags wurde ein wohnungloser Pflanzler aus Heilbronn festgenommen, weil er vor dem Gebäude der Christenkirche in der Gartenstraße hier ein angelegentliches Fahrrad entwendet hat. Seine Ehefrau, welche bei dem Diebstahl „Schmerer“ hand, wurde ebenfalls verhaftet. — Außerdem wurden festgenommen: Ein Sozialist aus Straßburg, der aus dem hiesigen Anstaltsgefängnis entwichen war, sowie sechs Ausländer zur Entrichtung der Aufenthaltserlaubnis.

Valuta Bericht vom 24. Oktober

Die Markt notierte heute in der Schweiz ca. 0.12 1/2 Gold-Auszahlung Holland notierte etwa 1750 M per 1000. Gold. Auszahlung Schweiz notierte etwa 810 M per 1000. Gold. Auszahlung England notierte etwa 1965 M per 1000. Gold. Auszahlung Frankreich notierte etwa 815 M per 1000. Gold. Auszahlung Neuyork notierte etwa 4430 M per Dollar.

Wasserstand des Rheins

Schiffersheim 218, gest. 3 Dm. Reil 317, gest. 25 Dm. Maxau 487, gest. 19 Dm. Mannheim 583, gest. 5 Dm.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Ca. Frei, alt 4 Monate 5 Tage, Vater Fridh. Frei, Wälder, Aug. Helm, Witt. Weimer, Ehemann, alt 80 Jahre. Werner, alt 2 Monate 28 Tage, Vater Leop. Lorenz, Kaufmann, Hal. Finkelsch. Fried., Wittver, alt 78 Jahre. Ederly Oth. Wajda-Fischer, Ehemann, alt 71 Jahre. Waise Haag, alt 64 Jahre, Ehefrau des Maurermeisters Johann Haag, Hermann Weimer, Fischermeister, Ehemann, alt 44 Jahre. Frei, alt 1 Jahr 4 Monate 14 Tage, Vater Franz Knall, Kfm. Verlobungsgeld und Trauerhaus erwachsener Verlobten. Dienstag, den 25. Oktober, 3 Uhr: Hermann Weimer, Bahnarbeiter, Reichshaus, 15. 3 Uhr: Ludwig Reil, Eisenbahn-Schaffners-Ehefrau, Reichshaus, 6. 4 Uhr: Eberlin Oth. Wajda-Fischer, Wäldchen, 44. 8 1/2 Uhr: Waise Haag, Maurermeister, Reichshaus, 5. Friedhof Wäldchen.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Spare Gas mit Yegon! BEGA-SPARGLÜHKÖRPER VERBÜRGEN LAUT WISSENSCHAFTLICHER FESTSTELLUNG EINE GASERSPARNIS VON 25%

Die Anträge zum badischen Parteitag in Offenburg

IV. Gemeindepolitik

33. Der Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, sie möge bei passender Gelegenheit darauf hinwirken, daß der Gemeindepolitik am Ertrag der Einkommen- bzw. Umsatzsteuer eines gewerblichen Betriebes denjenigen Gemeinden, auf deren Gemarkung sich der industrielle Betrieb befindet, Billigkeit zuteil wird, auch dann, wenn sich die Leistung des Unternehmens in einer anderen Gemeinde befindet, zumal die betreffenden Gemeinden auch die daraus entstehenden sozialen Lasten zu tragen haben.

34. Der Parteitag möge die Landtagsfraktion auffordern, die Frage zu prüfen, ob nicht ein Antrag auf Änderung des § 88 der Gemeindeordnung in dem Sinne beim Landtag gestellt werden sollte, daß in dem mit Pflicht arbeitenden Gemeinden der Bürgergenuss nicht durch einen Verlust der Mehrheit der Nutzungsberechtigten, sondern durch einen Verlust der Mehrheit der Gemeinderäte und zwar ohne Gewährung einer Entschädigung aufgehoben werden kann.

35. Den sozialdemokratischen Gemeindevorsteher wird es zur dringenden Pflicht gemacht, gegen alle Bestrebungen zur Entkommunalisierung von gemeindlichen Anlagen, wie Wasserführung u. gemischtwirtschaftlichen Betrieb usw., entschieden Widerstand zu leisten.

36. Die Partei möge bei der badischen Regierung beantragen, daß in der bevorstehenden Volksgesetzgebung zur Gemeindeordnung die Bestimmungen aufgenommen werden, daß die Gemeinden verpflichtet sind, jedem neu eintretenden Gemeindeglied und Gemeindevorstand ein Exemplar der Gemeindeordnung auf Gemeindefosten auszugeben.

V. Reichspolitik

37. Durchführung der Schußgesetze. Die Partei möge dafür eintreten, daß die Bestimmungen des Reichsgesetzes zum Schutz der Republik vom 21. Juli 1922, sowie des Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik vom 21. Juli 1922 reiflos vollzogen und daß die Disziplinarkammern nur mit überzeugten Republikanern besetzt werden.

38. Der Parteitag möge beschließen, daß unsere Partei den Eintritt der Arbeiter- und Jugendversicherung der heutigen wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterschaft angepaßt und die Arbeiterversicherung in eine Arbeiterpensionskasse umgewandelt wird.

39. Der badische Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, sie möge zur Bekämpfung der Notlage der Witwen, der Arbeiter und Kleinrentnerbestrebungen, die weder Rente noch Pension beziehen, den Ausbau der sozialen Versicherung in Form einer Witwenversicherung beantragen.

40. Der badische Parteitag möge die Reichstagsfraktion ersuchen, dafür einzutreten, daß bei der Abänderung des Reichsgesetzes die gerechten Forderungen der Kriegsoffiziere berücksichtigt werden und zwar hauptsächlich folgende Punkte: 1. Die infolge Krankheit nur auf Rente angewiesene Kriegsoffiziere sind so zu versorgen, daß sie ein Existenzminimum haben. Hierfür kommt mindestens die Entlohnung der Gehaltsgruppe 2 der Reichsbesoldungsordnung in Frage. 2. Die Pflegezulage für die Kriegsoffiziere, die dauernd fremder Pflege bedürfen, ist so zu bemessen, daß auch eine Pflegeperson bezahlt werden kann. 3. Die nachweisbar erwerbsunfähigen Witwen sollen ebenfalls ein Existenzminimum im obigen Sinne haben. 4. Für alle übrigen Kriegsoffiziere sind die zurzeit geltenden Bestimmungen der Teuerung entsprechend zu erhöhen.

41. Anders der Parteitag auf die vollkommene Anzulänglichlichkeit der Fürsorgeeinrichtungen für die Sozialrentner hinzuwirken, er möge die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, ungenügend die notwendigen Schritte einzuleiten, damit zunächst sofort den Sozialrentnern (Anwidern, Witwen, Waisen und Waisen) die gleiche Fürsorge zuteil wird, die für die Rentnerinnen vom Reichstag beschlossen ist. Die unerhörte und fortschreitende Teuerung macht den sofortigen weiteren Ausbau der bestehenden Fürsorgeeinrichtungen durch das Reich zum dringenden Gebot.

42. Der Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, sie möge beantragen, daß die Pensionierung gekundeter Offiziere unter 45 Jahre, sofern sie nicht kriegsbeschädigt sind, aufgehoben und die dadurch gemachten Gelder den Hinterbliebenen und Schwerverletzten zugewandt werden. B. H. z.

43. Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion in Berlin, bezgl. die Reichstagsfraktion ersuchen, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und zu verlangen, daß die den Beamten jeweils zu gewährenden Teuerungszulagen nicht wie bisher nach dem ungedeckten und unsozialen System der prozentualen Zulagen gestaltet wird, sondern, da die Teuerung für alle Beamten gleich groß ist, auch die Teuerungszulage für alle gleich festgesetzt wird.

4. Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion in Berlin, bezgl. die Reichstagsfraktion ersuchen, bei der Reichsregierung bezgl. beim Reichsfinanzministerium vorstellig zu werden und zu verlangen, daß die Gewährung von Kinderzulagen auch auf mittellose Pflegekinder ausgedehnt wird, um eine bisherige Härte gegenüber den Beamten auszugleichen, aber auch, um die durchweg finanziell schlecht gestellten ärztlichen Armenverbände zu unterstützen.

45. Der Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, sie möge beantragen, daß die Pensionierung gekundeter Offiziere unter 45 Jahre, sofern sie nicht kriegsbeschädigt sind, aufgehoben und die dadurch gemachten Gelder den Hinterbliebenen und Schwerverletzten zugewandt werden. B. H. z.

Gerichtszeitung

Der Bombenanschlag auf die Mannheimer Börse. In dem Strafverfahren gegen den Nationalsozialisten Paul Janßen wegen des Bombenanschlags auf die Mannheimer Börse wurde Janßen zu 9 Monaten Gefängnis, Edmund zu 6 Monaten Gefängnis und Jäger zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Für Maurice wird eine neue Verurteilung in der nächsten Schwurgerichtsperiode anberaumt. Die drei letzteren waren angeklagt, den Täter Janßen durch Beschaffung des Sprengstoffes usw. unterstützt zu haben. Allen Angeklagten außer Maurice wurden mildernde Umstände zugesprochen.

Kleine badische Chronik

Mannheim, 23. Okt. Durch Aufbrechen eines verschlossenen Wärschrankes im Hause U. L. 16 wurden in der Zeit vom 13. bis 15. Oktober 13 leinene Kopfschmuckstücke und 15 leinene Handtücher, geg. M. S., gestohlen. Als Täter kommt ein Gast in Betracht, welcher vom 10. bis 14. Oktober in der Wirtschaft legierte und mit schwerem ledernen Koffer angeblich nach Würzburg abgereist sein soll.

Schwemlingen, 21. Okt. Am Samstag mittag brach in dem Fabrikbetrieb der Schreinerei Gustav Reine ein Brand aus, der aber bald gelöscht werden konnte. Das Feuer entstand in der Porenerie und leimerte nach Betriebsstopp und ist wohl darauf zurückzuführen, daß ein Funken in einen Haufen Hobelspäne fiel.

Das verwehete Amt. In unserer Besprechung des Prozesses gegen die des Landfriedensbruchs angeklagten Arbeiter von Durach hatten wir geschrieben, die Oetzer und Aufwiegler haben aber im Duracher Bezirksamt und in der Duracher Stadtverwaltung. Dies sind die wahren Schuldigen. Es liegt hier natürlich eine unerbittliche Verwechslung vor. Der Vorstand des Bezirksamtes ist natürlich kein Oberamtsrichter, sondern der Oberamtmann. Es handelt sich vielmehr um den Oberamtsrichter Reber, der Vorstand des Amtsgerichts Durach ist. Da sich das Bezirksamt Durach über diese Verwechslung gewaltig aufregt, so dürfen wir wohl annehmen, daß dort bezüglich der republikanischen Gesinnung alles in Ordnung ist.

Rekte Nachrichten

Das Aktionskomitee für das Aufbaugesbiet beim Reichskanzler

Berlin, 24. Okt. Der Reichskanzler empfing heute Vertreter des Aktionskomitees für die zerstörten Gebiete der Reichsterritorien unter Führung des Redakteurs der „Republ.“, Grumbach, Staatssekretär Müller vom Reichsministerium für Wieder- und Neuaufbau und Reichstagsabgeordneter Silberstein, die wohnen dem Empfang bei. Anlaß des Besuchs war der heute erfolgte Abschluß eines Abkommens zwischen dem Aktionskomitee und dem Verband sozialer Baubetriebe über Materiallieferungen für

die zerstörten französischen Gebiete. Der Reichskanzler brachte das Interesse der Reichsregierung über den Vertragsabschluss zum Ausdruck und erklärte, daß er die Durchführung des Vertrages nach Möglichkeit unterstützen werde. Voraussetzung hierfür sei allerdings, daß man zu einer Einigung über die Höhe der deutschen Kohlenlieferungen komme. Voraussetzung hierfür sei die Deckung der deutschen Wirtschaft hinsichtlich Rechnungstrage.

Die Reparationskommission fährt nach Berlin

Paris, 24. Okt. Die Reparationskommission hat heute nachmittag beschlossen, Sonntag abend nach Berlin zu reisen, um mit der deutschen Regierung über die Maßnahmen zu verhandeln, die zum Ausgleich des Budgets und zur Stabilisierung der Mark führen sollen.

Der von der französischen Regierung der Reparationskommission vorgelegte Plan einer Finanzkontrolle des deutschen Budgets löst jetzt selbst in Frankreich auf starken Widerspruch. Nahegehende Wirtschaftspolitiker halten den Plan Cartours für undurchführbar und sehen in ihm lediglich den Anlaß zu neuem weiteren Elend innerhalb der deutschen Bevölkerung. Schon diese Erkenntnis ist der französischen Öffentlichkeit, die noch vor wenigen Wochen mit ihrer Regierung durch die und dünn ging, nicht anzunehmen. Statt mit Barthou marschiert Frankreichs öffentliche Meinung in wesentlichen Punkten mit Radburn, der die Auffassung der französischen Regierung zur Lösung des Reparationsproblems ablehnt und der eine Stabilisierung der Mark nur dann für möglich hält, wenn Deutschland eine lange Ruhe zur Ordnung seiner Finanzen eingeräumt wird. Diese Stellungnahme wird mit großer Wahrscheinlichkeit auch die der neuen englischen Regierung sein. Schon jetzt wird von London, das den Engländern mit Entschiedenheit darauf hingewiesen wird, daß sich in der englischen Außenpolitik kein Wandel eingestellt wurde, nicht in Frage kommen soll.

Deutschlands Lage ist gerade im Augenblick wieder äußerst ernst. Neben außenpolitischen Gefahren drohen dem Reich neue innenpolitische Krisen, die letzten Endes auch herbeigerufen werden durch die Währungsnotlage. Es liegt schließlich bei der Entente, Deutschland zu einer Stabilität in seiner Politik zu verhelfen. Neue Kontrollmaßnahmen, wie die Poincaré und Verthou planen, können naturgemäß nur das Gegenteil von Stabilität bewirken und nur eine Verschärfung der Situation des Deutschen Reiches herbeiführen. Seien wir uns nur — und darüber läßt die Demagogie und französische Regierungslust nicht hinweg — um mit Verdruß zu reden, eine lange Ruhe — zur Ordnung unserer Finanzen.

Briefkasten der Redaktion

Freie Turner, Gagsfeld, N. Bauer, Wankensch. Euer Einwendungen kamen erst Dienstag mittag bzw. Dienstag abend in unsere Hände, also zu spät. W. R. Sie brauchen den „W.“ in Unterhüpf nicht bestellen, es wird alles von hier aus besorgt. Ute A. Oetzer und Reife können nicht gleichzeitig Mitglieder des Gemeinderates sein. Werden sie demnach gewählt, so entscheidet das Los, wer bleibt und wer zurücktritt. Für den Abgangenen tritt der gleiche Wählerkreis annehmbar nachige Bewerber ein. Es ist zulässig, daß die amtliche Berufene Ersatzleute für den eingetragenen Fall zugunsten eines nächstfolgenden Erfahrmannes zurücktreten.

Schriftleitung Georg Schöpfung. Verantwortlich: für Artikel, Politische Überblicke und Rekte Nachrichten Hermann Kabeitz für Politische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Germ. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Wirtsch. Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

W. R. 4. Heften. Die 10. und mehr Heften. W. R. 10. — die 10. Heften. (Vergleichungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme.)

Bruchsal. (Sozialdem. Partei.) Donnerstag abend 8 Uhr. Versammlung in der „Folk“.

Wer die Wahlrechte für notwendig oder anstößig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegung beim Stadtrat schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben. Soweit die Möglichkeit seiner Behauptungen nicht offensichtlich ist, hat er für die Beweismittel beizubringen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nach Ablauf der Frist ein Einspruch nicht mehr zulässig ist oder durch ein Verlangen des Oberbürgermeisters nach § 14 Abs. 2 oder Gemeinde-Ordnung dem Wahlausschuss nachweist, daß sein Wahlrecht nach Maßstab der Liste durch höhere Entscheidung anerkannt worden ist.

Den in die Wählerliste aufgenommenen Personen wird je zeitlich wie möglich eine besondere Benachrichtigung über ihre Eintragung zugehen. Wählerberechtigte, die hinsichtlich ihrer Eintragung in die Wählerliste eine solche Benachrichtigung nicht erhalten haben, werden aufgefordert, sich zu vergewissern, ob sie in die Wählerliste aufgenommen sind, damit sie gegebenenfalls ihre Aufnahme in die Liste nach vor dem Ende der Auslegungssfrist beantragen können. Jeder Wähler besitzt in demjenigen Wahlbezirk, der auf der Benachrichtigung bezeichnet ist, auch wenn die Wohnung inzwischen gewechselt sein sollte.

Zufuhrverförgung betr.

Wer die ihm nach der Verordnung des Ministeriums des Innern zuzehende Wandzuckermenge — nämlich 1 kg pro Kopf und Monat — beziehen will, hat sich bis spätestens 6. November bei dem Lebensmittelamt, das bei dem Bürgermeister liegt, ein Ansuchen zu machen, das die folgende Form enthält: Bei der Einreichung ist der Vor- und Nachname, Straße und Hausnummer anzugeben sowie die Ausweisnummer vorzulegen. Bei Familien darf nur eine Zusammenfassung erfolgen, wobei die verschiedenen genannten Angaben für den Gesamtumfang vorzulegen sind. Falsche Angaben, insbesondere Doppelanmeldungen sind verboten und werden nach § 19 der Lebensmittelverordnung mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 100 000 M., oder mit einer dieser Strafen bestraft. Die bisherigen Einreichungen in den Geschäften zum Auftrieb sind ungültig. Beim Kaufberechtigt ist eine besondere Einreichung nötig, da die Mittelverteilung allein keinen Anspruch zum Bezug des Zuckers gibt. Die Kaufberechtigten müssen bis spätestens 10. November abhelfend geordnet, durch die Geschäfte den Bürgermeisteramt vorgelegt werden unter Angabe der besonderen Versorgungsberechtigten Kinder benötigt wird.

Bruchsaler Anzeigen.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Offene Fide, Kramladgeschäfte, selbst schmerzhaften Kunden auf in hartnäckigen Fällen nur Apotheker Walter's. Maloped-Salbe, Erfolge überraschend. Preis M. 20.-, franko. Stadtpotheker, Pfaffenholze a. J. M. 30 (Obb.)

Pfannkuch & Co. Zuckerbelieferung. Unsere Kundenschaft wird gebeten, für Eintragung in die Wählerliste die Anmeldekarte des fränk. Nahrungsmitteleinzelhandels mitzubringen. Alle früheren Eintragungen sind ungültig. Wer sich rechtzeitig eintragen läßt, verhindert sich pünktliche Belieferung. Schluß für die Eintragung bis 6. November abends. Pfannkuch & Co. G. m. b. H.

Preis für markentreie Backwaren ab Donnerstag, 26. Oktober 1922. 80 Gramm-Brot... 18.-, 250 Gramm-Brot... 22.-, 400 Gramm-Brot... 26.-, 500 Gramm-Brot... 28.-, Salzete, Bregel usw. 9.-

Freie Wäcker-Zinnung Karlsruhe. Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Mietzinsbildung. In Uebereinstimmung mit der Mietzinsberechnungskommission hat das Mietzinsamt beschlossen, daß für die Zeit vom 1. April 1922 bis zum Antritt der eigentlichen Mietzinsbildung durch rechtlich festgesetztes Maßstab folgende Richtsätze zu den Mietzinsen von den Mietern zu zahlen sind: 1. Feuerversicherungsdartrag = 0,82 % aus 100 M. 2. Haussteuer = 0,73 % aus je 100 M. 3. Gemeindesteuer = 7,50 % 4. Kreissteuer = 0,07 % Gemeinwert

Die Umlegung auf die einzelnen Wohnungsinhaber hat im Verhältnis zum Mietwert der Wohnung zu erfolgen. Zahlung ist beim Vorliegen der betreffenden Forderungsbekanntmachung zu leisten. Streitigkeiten über die Höhe der zu zahlenden Beträge entscheidet das Mietzinsamt. Die zur Berechnung der eigentlichen Miete erforderlichen Formulare beim Mietzinsamt, Rathaus — Zimmer Nr. 6 — erhältlich. Preis pro Blatt 5 M.

Durlach, den 19. Oktober 1922. Mietzinsamt Durlach-Stadt.

Kohlen-Ausgabe. Hof. Wägenführer: Donnerstag, den 26. Oktober 1922, von 1 Uhr ab: sämtliche Kunden je ein Zentner Wägenführer. Wägenführer: Freitag, den 27. Oktober 1922, von 1 Uhr ab: sämtliche Kunden je ein Zentner Wägenführer. Durlach, den 25. Oktober 1922. Ortskollekt.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Stadtvorordnetenwahl am 19. Novbr. 1922. Die Wählerliste liegt von Freitag, den 27. Oktober 1922, jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober 1922, von vormittags 10 bis 12 Uhr, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zu jedermanns Einsicht aus.

Union-Theater
Doppelspielplan!
Haschisch!
Das Paradies der Hölle.
Der König von Golconda
Der Roman eines Abenteurers.
Erster Teil. 5387
Die goldene Schwertscheide.

Badisches Landesintheater.
Mittwoch, d. 25. Oktbr., 6 bis 10 Uhr. 4 150.—
Abon. C6 Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3101-3400
Peer Gynt.

Grünwettersbach.
Zum 1. Oktober d. J. wird für die Beförderung des „Volksfreund“ am hiesigen Platz eine
zuverlässige Person
gesucht. Bewerber(innen) wollen sich alle-
halb bei Herrn Kurt S. Heutenhain meld. u.

Pferdebestellung in Brantfäcken.

Alle Pferdebesitzer werden unter Hinweis auf § 7 Abs. 1 der Feuerlöschordnung für die Stadt Karlsruhe hierdurch aufgefordert, im Falle eines Feuersturms ihre zur Verfügung stehenden Pferde nach dem nächstgelegenen Feuerhaus zu entsenden. Für die Dauer der Hilfeleistung wird die ordnungsgemäße Vergütung gewährt. Außerdem werden für die am schnellsten an den Feuerhäusern ein-
treffenden Pferde besondere Prämien bezahlt.
Diese betragen:
für das erste Pferd . . . 300.—
für das zweite Paar Pferde . . . 50.—
für das dritte Pferd . . . 17.50—
für das zweite Paar Pferde . . . 35.—
für das dritte Pferd . . . 17.50—
für das dritte Paar Pferde . . . 25.—
für das vierte Pferd . . . 7.50—
für das vierte Paar Pferde . . . 15.—
für das fünfte, sechste, siebente
und achte Pferd je . . . 7.50

Es werden benötigt:
am Feuerhaus Hietel 6 . . . 5 Paar Pferde
„ „ „ „ „ 5 . . . 3 Paar Pferde
„ „ „ „ „ 2 . . . 2 Paar Pferde
„ „ „ „ „ 2 . . . 2 Paar Pferde
„ „ „ „ „ 5 . . . 5 Paar Pferde

Die Pferdebesitzer machen sich durch Nichtbefol-
gung dieser Aufforderung nach § 114 Abs. 4 des
Bad. Polizeistrafgesetzes und des § 309a und 308
Bürger 8 des Reichsstrafgesetzes strafbar.
Karlsruhe, im März 1922.
Der Stadtrat. 1400

„Goldener Ochsen“
Kaiserstraße Nr. 91.
Mittagessen
In und außer Abonnement.
Prima spanische Weine
ff. Schremp-Biere.

1 Schleifer
für Flächenfräse (maschinenpräzisions-
arbeiten)
1 Werkzeugschlosser
für Säbille
per sofort gesucht.
Schnellwaagenfabrik
G. m. b. H.
Bannwaldallee 33. 5398

Residenz-Spieltheater
Waldstr. 39 — Telefon 5111
Der Untergang des Ozeanriesen
„Olympie“ (Die Tochter)
Großes Sensationsdrama in fünf Akten
mit Marcel A. Bonal.
Fatty im wilden Westen
Grotteske in zwei Akten.

Gänselebern
werden fortwährend zu
den allerhöchsten Tages-
preisen angekauft.
K. Möser,
Kreuzstraße 29, 2. Stof.
E. F. Kerschbaum.
Gänselebern
werden fortwährend zu
den allerhöchsten Tages-
preisen angekauft.
G. Meß, geb. Schürmer,
Erbprinzenstr. 21, 2. St.
Gänselebern
werden fortwährend zu
den allerhöchsten Tages-
preisen angekauft.
W. Raier, Kuttelstr. 14.

Arbeiter! Werbet für den
„Volksfreund.“

Hotel Nassauer Hof
am alten Bahnhof, Kriegsstrasse 88
Gut eingerichtete Haus
Besitzer: F. Odenheimer.

Hotel Müller
Gut bürgerliches Weinrestaurant
Kreuzstrasse 19, Telefon 3553

Markgräfler Hof
Telephon 1992, Durlacher
Allee, Ecke Radolfstrasse
Weinstube
Bes.: Th. Zuecker.

Restaurant Grünwald
Rüppurrstrasse 2: Eigene Schlachtung: Guter
Mittags- und Abendisch: Vorzögl. Weine und
Schremp-Bier: Gr. u. kl. Säle. Ad. Körner.

Restaurant Merkur
am alten Bahnhof, H. Sinner- und Münchener
Biere, Weine, Gute Küche, A. Weber.

Zum Bratwurstglöckle
am alten Bahnhof. Bekannt gute Küche u. Keller
H. Sinner Bier, Fremdenzimmer, Tel. 8:31, im Haus

Gasthaus zum Stephanienbad
Karlsruhe-Beiertheim
Anerkannt gute Küche und Keller.
Gottfried Lucas, Telefon Nr. 2102
5 Minuten vom Hauptbahnhof.

Färberei Printz A.-G.
Telephon 68, Karlsruhe, Telephon 68,
— Annahmestellen überall. —

Gebüder Kugel, Rheinstr. 63
Kurz-, Weiss- und Wollwaren, Herren-Artikel
Gegr. 1867, Telephon 2738

ADAM KEMPF
Weingroßhandlung
Kaiserallee 21, Telephon 2163

Frz. Fischer & Co., Weingroßhandlg.
Wein und Trauben
Steinstr. 29 Import-Geschäft, Telephon 163

Max Homburger, Weine und Spirituosen
Laden, Kaisersstraße 124, Telephon 840.

Junker & Ruh A.-G.
Junker & Ruh - Nähmaschinen
Junker & Ruh - Dauerbrandöfen
Junker & Ruh - Casherde

Maschinenbau-Gesellschaft
Gegründet 1887, Karlsruhe, Gegründet 1887.
3000 Werksangehörige.
Dampfmaschinen — Dampfkessel
Eis- und Kühlmaschinen.

Oscar Sichtig & Co.
Maschinenfabrik: Ventilationsanlagen

Maschinen-Fabrik Louis Nagel
Inh.: G. LANG
Karlsruhe i. B.
Tel. 382, Telegr.: Maschinenfabrik Nagel
Personen- und Lasten-Aufzüge
Transmissionen — Exhaustoren
Spindeltransport- und Entstaubungs-
Anlagen — Holztrocken-Anlagen
Unterwindfeuerungen — Koks-brecher

Gelächliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Teigwaren „Syndikatsrei“
Scheurer & Co., Teigwarenfabriken, Karlsruhe u. Logelbach.
Schweizer & Brecht
Tel. 3028, Gottesauerstraße 6, Tel. 3028.
Beste Einkaufsquelle für Grossisten und
Wiederverkäufer.
Badische Lederwerke
Karlsruhe-Mühlburg
für Glace-, Chair- und Mocha-Leder.
— Spezialität: Mocha Veneziana. —

Brötzingen und Herrenalb-Karlsruhe Reichsstrasse.		W		F		S		W		F		S	
Herrenalb	ab	601	611	621	631	641	651	661	671	681	691	701	711
Frauenalb-Schielberg	ab	611	621	631	641	651	661	671	681	691	701	711	721
Marxzell	ab	621	631	641	651	661	671	681	691	701	711	721	731
Spielberg-Schönbrenn	ab	631	641	651	661	671	681	691	701	711	721	731	741
Etzenrot	ab	641	651	661	671	681	691	701	711	721	731	741	751

Machol & Löwengardt
Pack-, Schreib- und Druck-Papiere
Karlsruhe, Akademiestr. 5, Telephon 955.

Max Schellberg & Co.
Aktiengesellschaft
Schmiedestücke für alle Zwecke.

EMIL KOHM
Inh.: Wilhelm Edelmann
Fabrik für Chirurgie — Mechanik.

Unterberg & Helmle
Karlsruhe, Ritterstrasse 18-17.

Th. & O. Hessig
Eisenbetonbau.

Casimir Kast
Holzhandlung Sägewerke.
Gernsbach.

H. Fuchs Söhne, Karlsruhe
Säge- und Hobelwerke, Holzhandlung.

Max Strauss, Karlsruhe.
L. Bienenstock, Luisenstr. 75
Weiß- u. Kurzwaren en gros — Telephon 1234

W. Heinert Nechl.
Herrenartikel
Kaiserstrasse 227.

Adolf Pfeiffer
Karlsruhe
Werkzeuge, Werkzeugmaschinen.

C. F. Dürr, Adolstr. 20, Tel. 172
gegründet 1819
Grosshandlung in Woll-, Baumwollgarnen und
Kurzwaren.

N. A. Adler
Schuh-Grosshandlung
(Gegründet 1830).

Allgemeines
Sack-Fabrik
Karlshöhe

Wormser & Co.
Schnurmann & Co.
Dogeneldstr. 4, Tel. 2005
Därme und Gewürze
kompl. Laden-, Wurst-
küchen-Einrichtungen.

Jos. Ehrhard
Holz- u. Korbwaren
Mühlburg, Rheinstr. 32

Hermann Cohen
Rintheimerstrasse 8 — Telephon 5108
Ankäte: Atteisen, Metalle, Lumpen, Papier,
Häute, Felle zu den höchsten Tagespreisen.

Vogel & Schnurmann
Karlsruhe.
Leder-Handlung
R. Neureuther
Marienstr. 53.
Stimmen u. Reparaturen
erledigt prompt und billigst
J. Kunz, Piano-Haus
Karl Friedrich-Strasse 21 — Telephon 2713.

Bruchsaler Gesellschaft
für Holzhandel und Holzbearbeitung
G. m. b. H.
Telefon: 20, 440, 483
Telegraph: Gröner Bruchsal — Wiesentfels Bay-
Sägewerke: Bruchsal — Karlsruhe-Hafen
Wiesentfels (Bayern)
Hart- und Weichholz aller Art.

Gustav Bader
Fittings Fabrik.

Ferd. Saurf & Co.
Möbelabrik
Dampfbetrieb mit Trockenanlage.

Raphael Bär, Bruchsal
Leder — Häute — Treibriemen
Telephon 47

Joh. Breining, Kaiserstraße 61
Telephon 117.
Manufaktur- und Modwaren, Damontafelton.

Deutsche Eisenbahnsignalwerke
Aktien-Gesellschaft.

Peter Schwadorlapp & Co.
Herren- und Knaben-Kleider-Spezial-Haus
Schuhhaus
Julius Wertheimer, Bruchsal
Manufakturwaren mit Damenkonfektion
Jakob A. Gross, Bruchsal
stets neu ergänzte grosse Auswahl
zu vorzögl. Preisen

Jakob A. Gross, Bruchsal
Reserviert